

Montenegro

Sebastian Schäffer

Im Dezember 2010 hatte Montenegro vom Europäischen Rat den Status eines Beitrittskandidaten zugesprochen bekommen. Ein Jahr später konnte sich die montenegrinische Regierung Hoffnungen auf die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen machen. Dies empfahl zumindest der Europäische Kommissar für Erweiterung Stefan Füle bei der Vorstellung der Fortschrittsberichte der (potentiellen) Beitrittskandidaten am 12. Oktober 2011.¹ Beim EU-Gipfel am 9. Dezember 2011 wurde dann die Aussicht auf die Eröffnung der Beitrittsgespräche allerdings auf die zweite Jahreshälfte 2012 verschoben. Die kleine Adriarepublik hatte zwar nach Ansicht der Staats- und Regierungschefs deutliche Fortschritte in den Bereichen Stärkung der Bürgerrechte und Entpolitisierung der öffentlichen Verwaltung gemacht. Ebenso wurde durch die Novellierung des Wahlgesetzes ein ausreichender Schutz der Minderheiten durch angemessene Repräsentation gewährleistet. Dennoch blieben die deutlichen Defizite in der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität bestehen. Deshalb sollen auch die Kapitel „Justiz und Grundrechte“ sowie „Freiheit, Sicherheit und Recht“ gleich zu Beginn etwaiger Beitrittsverhandlungen eröffnet werden und auch erst zu deren Ende geschlossen werden. Für beide Bereiche hat die Europäische Kommission im März 2012 mit der analytischen Auswertung, dem so genannten Screening, begonnen.

Auf dem Weg zu Beitrittsverhandlungen

Auch wenn die Beitrittsverhandlungen nicht schon Ende des Jahres 2011 eröffnet worden sind, sondern wohl erst ein halbes Jahr später beginnen werden, ist dies eines der größten außenpolitischen Erfolge des junges Landes. Erst seit etwas mehr als einem halben Jahrzehnt unabhängig, gelang es dem kleinen Staat an der Adria, im Gegensatz zu den anderen Ländern des westlichen Balkans mit Ausnahme Kroatiens, erste Schritte in Richtung EU-Beitritt zu machen. Zwar hat nun auch Serbien seit März 2012 den Status eines Beitrittskandidaten, eine Eröffnung der Beitrittsverhandlungen scheint jedoch insbesondere nach der letzten Präsidentschaftswahl zunächst kein Thema. Ebenso verhält es sich im Falle des dritten Beitrittskandidaten unter den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken, Mazedonien, die aufgrund des Namenstreits mit Griechenland keine Fortschritte in Richtung Aufnahme der Beitrittsverhandlungen seit Erhalt des Kandidatenstatus im Jahr 2005 erzielen konnten. Aber auch Montenegro ist keinesfalls ein Überflieger in der europäischen Integration. Die Europäische Kommission bescheinigt dem Land in ihrem letzten Fortschrittsbericht zwar teilweise große gesetzgeberische Anstrengungen unternommen zu haben, etwa in der Gleichstellung von Minderheiten, die konkrete Umsetzung der Rechtsvorschriften in die Praxis ist zu großen Teilen jedoch mangelhaft.² Dennoch ist der Enthusiasmus des Landes im Bezug auf die europäische Integration – drei Viertel der Bevölkerung unterstützen eine Mitgliedschaft des Landes

1 Europäische Kommission: Europäische Kommission empfiehlt Einleitung der nächsten Etappen des EU-Beitritts. IP/11/1182, Brüssel, 12. Oktober 2011.

2 Eine ausführliche Bewertung der Fortschritte im Bezug auf die europäische Integration in Montenegro findet sich im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission: Commission Staff Working Paper. Montenegro 2011 Progress Report. SEC(2011) 1204 final, Brussels, 12. October 2011.

in der EU – beispielhaft für die Region und wichtig für die Stabilität des Balkans. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob nach der guten wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres mit einem Wirtschaftswachstum von rund 2,5%, die positive Einstellung auch bei einem prognostizierten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2% im Jahr 2012 dauerhaft anhält. Anfang Juni war die Kreditwürdigkeit des Landes von der Ratingagentur „Standard & Poor’s“ um eine Stufe auf „BB-“ gesenkt worden. Eine stagnierende wirtschaftliche Entwicklung in der Region bedeutete in den Ländern des westlichen Balkans in den letzten Jahren auch eine sinkende Zustimmung und Bereitschaft zur Reformen im Bezug auf die europäische Integration.

Dominante Rolle der Regierungspartei

Um den Weg bis zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union zurückzulegen, benötigt der Beitrittskandidat einen langen Atem. Dessen ist sich auch die montenegrinische Regierung bewusst. Von der Erlangung des Kandidatenstatus bis zum endgültigen Beitritt kann dabei auch eine ganze Dekade vergehen, wie der Fall des Nachbarlandes Kroatien gezeigt hat. Hier kann die politische Kontinuität im Land von Vorteil sein. Die seit 1990 immer an der Regierung beteiligte „Demokratische Partei der Sozialisten“ (DPS) verfolgt auch nach Rückzug des langjährigen Premierminister und Präsidenten Montenegros Milo Dukanovic das Ziel EU-Beitritt und Emanzipation vom „großen Bruder“ Serbien. Die montenegrinische Regierung leistet seit Jahren einen konstruktiven Beitrag zur Konsolidierung der Region des westlichen Balkans und erfüllt nach Ansicht der Europäischen Kommission „im Großen und Ganzen“ die Bedingungen des seit 1. Mai 2011 in Kraft getretenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens.³ Allerdings droht durch die nun schon seit über 20 Jahren ununterbrochen regierende DPS, die bei den letzten Parlamentswahlen 2009 die Zwei-Drittel-Mehrheit nur knapp verfehlte, die Opposition immer weiter marginalisiert zu werden. Auch Dukanovic selbst hat sich nicht komplett aus der Politik zurückgezogen. Zwar hat er kein Regierungsamt mehr inne, ist aber immer noch Vorsitzender der DPS.

Für eine wirkliche Konsolidierung der Demokratie in Montenegro und die Erfüllung der europäischen Standards, insbesondere im Bezug auf die Korruption, sind hier noch wesentliche Anstrengungen notwendig. Ebenso ist die politische Instrumentalisierung der Korruptionsbekämpfung als kritisch zu sehen. So wurden zum Beispiel die Ermittlungen in einem Korruptionsfall um den Bürgermeister von Budva nach Beilegung parteiinterner Streitigkeiten eingestellt.⁴ Auch im Bezug auf die Zivilgesellschaft und Medien ist die politische Einflussnahme weiterhin sehr hoch und entspricht nicht europäischen Standards.

Mit der voraussichtlichen Eröffnung der Beitrittsverhandlungen Mitte des Jahres setzt sich das kleine Land endgültig an die Spitze der am weitesten fortgeschrittenen Staaten im Bezug auf die europäische Integration der Länder des westlichen Balkans und könnte nach Kroatien das nächste EU-Mitglied aus der Region werden. Auch im Bezug auf die innerparteiliche Entwicklung könnte die „Kroatische Demokratische Union“ hier als Vorbild für die DPS fungieren, die sich nach dem Tod des langjährigen Parteivorsitzenden Franjo Tudman entsprechenden Reformen unterzog.

Weiterführende Literatur

Durovic, Gordana/Jacimovic, Danijela: Implementation of the Acquis as the Most Important Part in Further Integration Phases of Montenegro, in: *Croatian International Relations Review*, Vol. 17, No. 62/63, Juni 2011, S. 27-39.

3 Vgl. Europäische Kommission: Wichtigste Ergebnisse des Fortschrittberichts 2011 über Montenegro. MEMO/11/692, Brüssel, 12. Oktober 2011.

4 Vgl. Schneider, Marcus: Montenegro vor den EU-Beitrittsverhandlungen. Mehr Schein als Sein im schönen Kleinstaat an der Adria, FES Perspektive, Februar 2012, S. 3.